

Bernhard Leubolt

Sozialreformistische Politik in der Semi-Peripherie: Brasilien und Südafrika im Vergleich

Wie wird soziale Ungleichheit in Brasilien und Südafrika politisch beeinflusst? Für eine vergleichende Studie wählte ich jene beiden Staaten der G20, die das höchste Maß an Ungleichheit aufweisen: Brasilien und Südafrika. Ihre Sozialstrukturen weisen in Bezug auf die Analysekatoren *class*, *race* und *gender* große Ähnlichkeiten auf; die historischen Entstehungsbedingungen der Ungleichheit sind jedoch höchst unterschiedlich. Während Brasilien als weltweit letztes Land erst 1888 die Sklaverei abschaffte, deren Erbe bis heute die sozialen Beziehungen prägt, herrschte in Südafrika bis 1994 das offen rassistische Apartheid-Regime.

Beide Länder wurden zu ähnlichen Zeitpunkten – Ende der 1980er (Brasilien) bzw. Anfang der 1990er Jahre – zu liberalen Demokratien transformiert. Sie werden gegenwärtig von sozialreformistisch bzw. sozialdemokratisch orientierten Parteien regiert, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten gleichheitsorientierte Politik betreiben. Die jeweiligen Parteien an der Macht sind aus radikalen Basisbewegungen mit starker Bindung an Gewerkschaften hervorgegangen. Im Anschluss an internationale Debatten um einen „Post-Neoliberalismus“ oder „Post-Washington Konsens“ stellt sich nun die Frage, inwiefern reformorientierte Bekenntnisse der Regierungen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit in die Tat umgesetzt werden. Außerdem gehe ich der Frage nach, inwiefern sich die unterschiedlichen historischen Ausgangsbedingungen auf die aktuell verfolgte Gleichstellungs- und Sozialpolitik auswirken.

In ontologischer und epistemologischer Hinsicht dient der kritische Realismus (Bhaskar, Sayer) als Grundlage, während auf *middle range* Ebene der von Moulaert und Jessop entwickelte *ASID-approach* zur Anwendung kommt. Das Wechselverhältnis von Handlung (*agency*) und Struktur wird bei diesem Ansatz in erster Linie durch das Zusammenspiel von Institutionen und Diskursen erklärt: Die historisch gewachsenen Institutionen strukturieren und prägen die Handlungsoptionen von gesellschaftlichen AkteurInnen, die daher pfadabhängig handeln. Über Diskurse und deren materielle Auswirkungen verändert sich in der Folge gesellschaftliche Realität.

Die theoretischen Grundlagen für meine Untersuchung kommen einerseits aus der Ungleichheitstheorie und andererseits aus der materialistischen Staatstheorie, bei der der Staat als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas) betrachtet wird. Von daher interessiert einerseits die Sozialstruktur und in besonderer Weise die dazu in Bezug stehende politische Artikulation der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte. In der Tradition der lateinamerikanischen Konjunkturanalyse wird auf Grundlage der historischen Entwicklung ermittelt, wie sich der Block an der Macht organisiert und wie Herrschaft auch bei eklatanter Ungleichheit teilweise hegemonial abgesichert werden kann.

Die Ungleichheitstheorie von Fraser, die betont, dass zum Abbau von Ungleichheit die Prozesse von Anerkennung und Umverteilung zusammenspielen müssen, dient als Auswahlkriterium für drei konkrete Politikfelder gleichheitsorientierter Politik. Im Hinblick auf Anerkennung habe ich das Feld der *Affirmative Action Policies* (insbesondere Quotenregelungen) und im Hinblick auf Umverteilung das Pensionssystem als klassische Form der Sozialpolitik sowie die in den letzten Jahren aufgekommenen staatlichen Einkommenstransfers ausgewählt. Dabei handelt es sich um Politikfelder, die sich in beiden Ländern – in unterschiedlicher Ausprägung – am dynamischsten entwickelt haben. Reformistische Politik zielt in Südafrika nämlich in erster Linie auf *Affirmative Action* ab. Mittels „*Black Economic Empowerment*“ wird staatlich die Entstehung einer „schwarzen“ Mittelklasse bzw. Bourgeoisie forciert, während die gesamtgesellschaftliche Einkommensungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizient – zunimmt. Armut korreliert stark mit Arbeitslosigkeit und wird vor allem mit Mindestpensionen, die innerfamiliär verteilt werden, und ansatzweise mit *Workfare*-Programmen prekär bekämpft. In Brasilien hingegen wurde Armutsbekämpfung zum Leitmotiv, was sich im Einkommenstransfer-Programm *Bolsa Família* manifestiert. Im Gegensatz zu Südafrika, wo antirassistische Politik zum Leitmotiv wurde, wird der (stärker latente denn offene) Rassismus nur mittels Quotenregelungen an den Universitäten bekämpft.

Diese unterschiedlichen Ausformungen von Sozial- und Gleichstellungspolitik bilden die Basis für meine These, die ich mit meiner empirischen Studie untermauere: Die unterschiedlichen Herrschaftsformen, die historisch für Entstehung und Ausprägung sozialer Ungleichheit verantwortlich waren beeinflussten maßgeblich die Ausrichtungen der emanzipatorischen Bewegungen. In Brasilien organisieren sich Bewegungen überwiegend entlang von Klassenlinien, ihr Aktivismus richtet sich auf Armutsbekämpfung. In Südafrika war die soziale Kategorie „Rasse“ im antirassistischen Kampf der Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) zentral. Daher kann hegemoniale Absicherung in Südafrika

stärker auf die Entstehung einer „schwarzen“ Bourgeoisie und die Hoffnung auf sozialen Aufstieg bei den Subalternen setzen, während in Brasilien Armutsbekämpfung dann vom Block an der Macht akzeptiert werden kann, wenn die gesellschaftlichen Strukturen sozialer Ungleichheit nicht grundlegend verändert werden. Der stärkere diskursive Bezug auf soziale Ungleichheit in Südafrika scheint hingegen die Domestizierung ungleichheitsbezogener Politik auf Maßnahmen der Anerkennung zu begünstigen.

Der interkontinentale Vergleich der beiden Länder soll dazu beitragen, gramscianische und poulantzianische Theorien um „Kräfteverhältnisse“ mit empirischen Studien zu bereichern. Südafrika und Brasilien sind diesbezüglich sehr gut geeignete Fälle, da einerseits gutes Datenmaterial und empirische Analysen der sozio-ökonomischen Hintergründe sozialer Ungleichheit existieren. Andererseits wurden die ursprünglich europäischen Theorien in beiden Ländern schon adaptiert und weiter entwickelt. Durch das Aufarbeiten und „Übersetzen“ dieser Zugänge aus der Semi-Peripherie gibt sich auch die Möglichkeit der Bereicherung der stark OECD-lastigen Standard-Literatur zu Staat und Staatlichkeit. In Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort versuche ich auch, einen kleinen Beitrag zum Aufkommen neuer Ideen in Bezug auf sozialreformistische Realpolitik zu leisten.